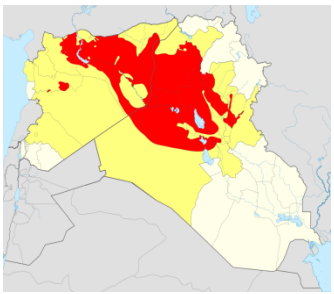
Explizit.Net Beitrag 23. Juni 2014
Aktualisiert Webversion 6-2014

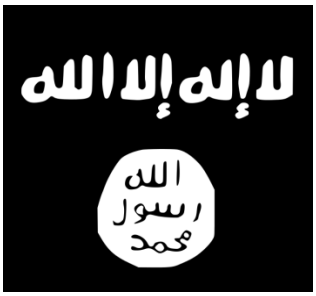
Kalifat Syroirakistan

Sunnimilitante expandieren, Demokratien uneins

Unter schwarzen Fahnen stürmen seit drei Wochen Sunniten durch Irak, die ihr Kalifat als Ziel erklärten. Samstag eroberten sie Iraks Städte wie al-Qaim an der Grenze Syriens, womit der Fluß an Kämpfern von Damaskus bis Baghdad leichter wird. In der Metropole am Tigris mobilisieren sich die Schiiten zum Gegenschlag. Ein Plakat der Mahdi-Armee des Klerikers Muqtada as-Sadr lautete: „Nein zu Amerika, Israel, zum Terror und zum Da'ish." Dies meint den Syroirakischen Islamstaat, kurz Syroirakistan. Alle warteten mit Spannung, wie das Weiße Haus reagiere. Präsident Obama blieb am Donnerstag, den 19. Juni, vorsichtig, was hier erhellt wird. Abgesehen von fatalen Resultaten zu eiliger Taten, muß er komplexe Faktoren abwägen, darunter den Zu- und Rücklauf von Militanten aus Europa und Amerika, und sowie Gespräche, die Irans Griff nach Nukes abwenden sollen. Was sind die Optionen jenes Sektenkriegs, wie steht es um Verhandlungen mit Teheran?



Karte: Wiki



Fahne: Wiki

Einflußraum des Syroirakischen Islamstaats samt Fahne mit Kurzform der Glaubensformel, ash-Shahada, wonach es keinen Gott gebe außer Gott und Muhammad sein Prophet sei

Fünf Punkte nannte Barack H. Obama, darunter die Sicherheit der Baghdader Botschaft, bessere Informationen, wie man dem Ansturm jener Terrorganisation begegnen könnte, und die Entsendung von bis zu 300 Militärberatern. Diese sollen vor Ort nächste Schritte und Ziele ermitteln, auf deren Basis präzise Militärschläge folgen könnten. Zudem schloß er Kampfeinsätze von Amerikanern aus. Lokale Iraker sollten die Führung übernehmen. Baghdad möge einen Aktionsplan für Iraks Zukunft aufstellen, der Schiiten, Sunniten und Kurden vereine. Das Parlament, nicht Amerika bestimme Iraks Führer, die aus der Krise mit einer inklusiven Agenda alle Teile der Bevölkerung zusammenführen. So steht Amerika mit einem Beraterbein im Sektenkrieg, der dauern kann. Derweil verteilten Sunniten Korane. Auf ihrer Fahne steht die oben erwähnte Glaubensformel. Und die offizielle Fahne der Baghdader Schiiten verkündet „Allah ist groß". Das ist ein schlimmer Sektenkrieg.

Obamas Wort, Amerika führe keine Militäraktion, die eine Sekte gegenüber der anderen bevorzuge, und es gebe keine militärische Lösung im Irak, widerspricht seiner Maßgabe, Iraks offiziellen Kräften zu helfen und den Terroristen keine Fluchträume zu erlauben. Die Kernfrage wäre, was im US-Sicherheitsinteresse liege. Dazu halte er die Amerikaner und den Kongreß im Bild. Zudem starte er eine Initiative, um in Mittelost Stabilität zu erzielen, erntete viel Kritik und sandte Außenminister John Kerry am 22. Juni dorthin.

Ende der Obama-Doktrin

Laut Umfrage von Wall Street Journal und NBC News vom 18. Juni bejahten nur 41 Prozent der Amerikaner Obamas Job, nur 37 Prozent von ihnen seine Art, die auswärtige Politik zu betreiben. Was Wunder, George W. Bushs einstiger Vizepräsident Dick Cheney und seine Tochter Liz Cheney traten im Wallstreet Journal am 17. Juni mit der These vom Kollaps der Obama-Doktrin auf: selten habe ein Präsident so viele Fehler auf so vielen Gebieten zu Lasten von so vielen Menschen begangen. Beide werfen ihm Sprüche vor wie „der Kern von al-Qaida ging in die Knie, ist dezimiert", August 2013, und weithin versiege die Kriegswelle, September 2011. Doch in Wirklichkeit seien die schwarz gekleideten Jihadisten ermutigt, überall auf dem Vormarsch. Beide Autoren seien jüngst in Mittelost oft dies gefragt worden: Was verfolgt Obama? Warum kehrt er sich ab? Wieso opfert er die hart erfochtenen Gewinne im Irak? Warum läßt er sich mit den Feinden ein?

Freilich muß man der Kritik eine Mängelliste vorhalten. Als Vizepräsident beging Cheney nicht mindere Fehler. Er gab die Macht nach der Invasion vom 20. März 2003 allzu langsam an Baghdad ab, machte bewaffnete Kräfte arbeitslos, ließ ihnen aber Waffen und erzeugte deren Aufbegehren nach 2005 durch eine unkluge Politik gegenüber der Exarmee Saddam Husains, wirkte planlos in der Nachkriegszeit, erzeugte keine nationale und globale Politik des Antiislamismus, versäumte Kontakte zu den religiösen Würdenträgern und den Sektenkrieg Schiiten/Sunniten abzuwehren, hatte kaum fremdsprachlich erprobte Experten, schätzte die Massenvernichtungswaffen falsch ein, und erlaubte den Schnellabzug aller Truppen ohne Rückgarantien, was Obama am 18. Dezember 2011 vollendet hat.

„Al-Malikis Schuld"

Bei den Journalistenfragen kritisierte Obama am 19. Juni Nuri Kamal al-Maliki. Er habe nicht für alle Iraker gewirkt, Stämme ausgeschlossen und keine Regierung der Einheit geführt. Den Punkt, ob es Obama nicht bereue, dort eine kleine Truppe nach dem Abzug behalten zu haben, lastete er al-Maliki an, der dies nicht wollte. Besser gesagt, Teheran wünschte es nicht. Indes feierte Obama den Abzug, aber seine Kalkulation brach nun ein. Die Debaathifizierung wäre blockiert. Er meinte hier, die Ideologie von Saddam Husains Baathpartei und ihrer Anhänger zu deligitimieren. Weithin fehlt die offene Aufarbeitung des Gestern oder sie ist politisiert: alle werden so verdammt, Fehler abermals zu begehen.

Obama wies in durch ihn eigentlich unerwünschten Worten – er nannte die Terroristen Jihadisten – auf die Gefährdung Europas aus deren Pendeln zwischen diversen Fronten und Europa hin. Seit Donnerstag, den 19. Juni, hält YouTube Rekrutierungsvideos für Syroirakistan bereit. Westler mögen ihren Komfort für den Jihad verlassen, tönte Abu Muthanna al-Yamani in seinem britischen Akzent. Er lehne die heutigen Grenzen ab, die Ausländer nach dem Esten Weltkrieg und dem Fall des Osmanenreichs zogen. In Syroirakistan werden nunmehr der Schariastaat erbaut. Kurzum, kein Leben ohne Jihad, die Kur gegen westliche Depression: „Verlaßt nun Eure fetten Jobs für Karenz und Tod bei uns."

Im großen Bild fehlt sicher der kritische Rat von Europäern. Kanzlerin Merkel verwies Freitag, den 20. Juni, darauf, daß Berlin nur versuchen könne, den politischen Prozeß im Irak zu begleiten, und daß Amerika dort eine besondere politische Verantwortung trage. Das merke man ja an dessen Reaktionen, Präsident Obama nehme diese Verantwortung im Augenblick wahr. Schieben sich Amerikaner und Europäer einen Schwarzen Peter zu?

Holt alle ins Boot...

Doch gerät Mittelost viel zu wichtig, um es allein Amerikanern zu überlassen. John Kerry etwa eilte am Sonntag, den 22. Juni, nach Kairo, um herauszufinden, wie im Irak rascher eine „über die Sekten hinausweisende Regierung gebildet werden könne". Klingt gut, nur gerät dort dieser tiefe Sektenkrieg erst in vollen Schwung. Aber er will auch eine zweite Botschaft senden, nämlich daß Nachbarn aufhören mögen, die Sunnimilitanten im Irak zu finanzieren. Doch wie paßt dies zu seiner dritten Einsicht, die er besonders Kairos neuem Präsidenten Abd al-Fattah as-Sisi anträgt: er möge doch eine inklusive Regierung bilden.

Das bedeute, das Verbot für die Muslimbruderschaft aufzuheben und diese im politischen Prozeß zu beteiligen. Laut New York Times vom selben Tag sagte ein Beamter des Statedepartments den Journalisten weiterhin, Amerika glaube nicht, daß die Muslimbrüder ein Sicherheitsrisiko für Ägypten bildeten und man habe keine Informationen, daß diese eine Verbindung zu Terrorgruppen hegen. Mitte Mai hatte Kairo Mahdi Akif aus der Haft entlassen. Doch einerseits stellte sich die Muslimbruderschaft als Kerntrupp des Terrors vor. Andererseits erzeugte sie viele Zweige, darunter al-Jihad, die Hamas und die eben durch das Statedepartment indizierten Anhänger Jerusalems, die aus Sinai operieren.

Nun kam die in Kairo ersehnte Nachricht, wonach Washington 575 Millionen Dollar an Kairo abgab, die es nach dessen Coupvolte 2013 einfror. Obama setzte seit April 2012 auf Islamisten wie Muslimbrüder als „legitime Opposition" und sorgte in einer welthistorisch einmaligen Verwirrung dafür, diese in Regierungen zu bringen. Da das schief lief, ist dies also sein Neustart mit Kairo. Dahin sendet er zehn Apache-Hubschrauber für den Kampf gegen Terroristen in Sinai. Das Restgeld folgt, sofern as-Sisi Demokratie fördert.

Wohl muß jeder besorgt sein wegen massenhafter Todesurteile gegen die Islamisten am Nil. Am Vortag von Kerrys Ankunft bejahte ein Gericht das Todesurteil gegen 183 Muslimbrüder, darunter Muhammad Badia, einer ihrer Führer, wegen der Gewalt und der Tötung eines Polizisten. Aber wer kann es Außenminister Samih Shukri verwehren, wenn er für „bilateralen Respekt, gemeinsame Interessen und Nichteinmischung" wirbt? Zum einen hält Washington alle an, Sunnimilitanten Gelder zu streichen. Zum anderen drängt es Kairo, deren Brüder wieder in seinen Politkurs zu nehmen. Abermals die gleichen Fehler.

Drei Optionen gibt es im Krieg um Syroirakistan: der Schnellsieg einer Seite, ein langer Krieg wie unter Irak und Iran bis 1988, oder dessen terroristische Ausweitung auf Nachbarn, in Europa und Amerika, die vereinte Interventionen wie im Irak 1991 erzwingen. In 5+1-Runden bis Freitag, den 20. Juni, blieben Kernfragen mit Teheran offen, obwohl der Endtermin in vier Wochen naht. Daß der Westen sich sehr vor einem Einsatz in Mittelost fürchtet, dies sehen einige gern, vor allem in Teheran.

Wolfgang G. Schwanitz

Dazu Buch *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: Yale, February 25, 2014, 360 pp. Mehr in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, Neuerscheinung, 10. Juni 2013: Buch in Berlin bestellbar.